



Liebe Leserinnen und Leser,  
hier mein Bericht von der Ratssitzung am 13.12.2007.  
Bei Anerkennung der Tagesordnung beantragte Günter Wurm für die SPD, den Tagesordnungspunkt „Kö-Bogen“ 1. und 2. Bauabschnitt von der Tagesordnung abzusetzen. Dies lehnten CDU, FDP, Düsseldorfer Bündnis (Reichert und Krüger) sowie Lemmer ab.

### ■ Personalien

Der Rat wählte

- Hans-Jürgen Brock als Schiedsmann für den Bezirk Oberbilk wieder (einstimmig);
- Annette Steller (SPD) anstelle von Walburga Benninghaus in den Aufsichtsrat der Jugendberufshilfe gGmbH (einstimmig);
- Günter Bosbach anstelle von Dr. Ulrich Müller auf Vorschlag des Rates der Stadt Monheim als sachkundiges Mitglied in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf (Enthaltung linke Liste).

### ■ Verwaltungsvorlagen

Bei einer Enthaltung nahm der Rat den **Rechenschaftsbericht 2006** zur Kenntnis und beschloss die Jahresrechnung (Enthaltung BÜ 90, Lemmer, Linke Liste). Gegen SPD und linke Liste (Enthaltung BÜ 90, Lemmer) entlastete der Rat den Oberbürgermeister für 2006. Für die SPD begründete Günter Wurm die Nichtentlastung damit, dass die Vorgänge um den Umbau Paketpost und das Burgwächter Castello in die Verantwortung des Oberbürgermeisters fallen und somit kein Schlusstrich unter das Jahr 2006 gezogen werden kann.

Einstimmig stellte der Rat den **Wirtschaftsplan des Stadtbetriebes Zentrale Dienste** für 2008 mit einem Volumen von 32 Mio Euro fest.

Bei Enthaltung der linken Liste einstimmig stellte der Rat den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes** 2008 sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2011 fest. Weiterhin beschloss er gegen linke Liste, die **Gebühren für die Entwässerung** ab 2008 um 9 Cent auf 1,52 Euro je m<sup>3</sup> Frischwasser für die Schmutzwasserentsorgung und um 6 Cent auf 1,02 m<sup>2</sup>/Jahr für die Niederschlagswasserentsorgung zu erhöhen. Die Erhöhungen sind notwendig wegen des rückläufigen Wasserverbrauchs (i.W. Werksschließung eines Großkunden) und der Investitionen (in 2008 rd. 38 Mio Euro). Trotz Gebührenerhöhung verbleibt eine Kostenunterdeckung, die aus der Gebührenausgleichsrücklage (in den Vorjahren angesammelte Mittel) ausgeglichen wird.

Außerdem beschloss der Rat bei Enthaltung der linken Liste die **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes**. Bis 2019 werden Investitionen in Kanalnetzerweiterungen, Kanalsanierungen und die Niederschlagswasserbeseitigung mit Reinigungsanlagen und Rückhaltungen in Höhe von rd. 503 Mio Euro geplant. Sie

werden erst dann getätigt, wenn alle Alternativen geprüft, neue gesetzliche Entwicklungen berücksichtigt, die städtebaulichen Planungen eindeutig und die aktuelle Notwendigkeit der Maßnahmen sichergestellt sind.

Gegen Linke Liste und Lemmer beschloss der Rat die Gebührenkalkulation und -satzung für die **Straßenreinigung**. Die Gebühren bleiben **unverändert**. Bei zahlreichen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert.

Der Rat beschloss gegen Lemmer und linke Liste ein **neues System für die Restabfallgebühren** mit einer Grundgebühr von 60 Euro je Behälter, einer Leistungsgebühr von 3,132 Euro je Liter Volumen, einem Nachlass in Teilservice-Gebieten in Höhe von 49,68 Euro, einem Abschlag bei Eigenkompostierung in Höhe von 0,384 Euro/Liter und einem Zuschlag für Kellerstandorte ohne Aufzug in Höhe von 22,80 Euro. Dies führt zu Kostensteigerungen in Höhe von rd. 2 % bei 60-l und 80-l-Tonnen mit Kellerstandorten und bei 120-l-Tonnen im Vollservice. Bei den übrigen Behältergrößen kommt es meistens zu Kostensenkungen von 4 bis 13%. Die Biotonnen kosten in 2008 133,56 Euro für 120 l bzw. 242,28 Euro für 240 l Vollservice, 108,72 Euro für 120 l bzw. 217,44 Euro für 240 l Teilservice.

Der Rat stimmte einstimmig der Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 0,3 Mio Euro für die **Anschaffung eines Turmwagens**, der für Wartungs- und Reparaturarbeiten im Amt für Verkehrsmanagement benötigt wird, und voraussichtlich rd. 0,5 Mio kosten wird, zu.

Der Rat beschloss gegen linke Liste bei Enthaltung von BÜ 90 die Gründung einer Stiftung mit der Bezeichnung **„Stiftung Park- und Kulturdenkmal Friedhof Golzheim“** mit einer städtischen Zustiftung in Höhe von 0,3 Mio und stellte diese Mittel für 2007 außerplanmäßig zur Verfügung. Die Victoria-Versicherung zahlt 0,7 Mio Euro in das Stiftungsvermögen. Aus den Erträgen soll die Sanierung der historischen Grabmale auf dem Friedhof Golzheim finanziert werden.

Der Rat beschloss einstimmig eine Neufassung der **Gebührensatzung für Übergangsheime und Obdachlosenunterkünfte**. Für die Benutzung der Unterkünfte und Wohnungen wird 5,50 Euro/qm (6 Euro bei gehobenem Standard) Netto-Wohnfläche und anteiliger Gemeinschaftswohnfläche berechnet zuzüglich Nebenkosten und Heizkostenpauschalen von 1,79 (Ausländische Flüchtlinge) bzw. 1,92 und 1,10 Euro/qm. Für Möblierungen werden 0,43 Euro bzw. 0,77 Euro (mit Küche) in Rechnung gestellt. Ggf. kommt eine Strompauschale von 20 Euro hinzu.

Der Rat nahm mit Dank eine **Skulptur „Hoppeditz“** von Bert Gerresheim **als Geschenk** zur Aufstellung auf der Grünfläche hinter dem Haus des Karnevals an (Enthaltung BÜ 90 und 3 SPD).

Der Rat beschloss gegen linke Liste, aus Anlass des 350. Geburtstages von Kurfürst Johann Wilhelm von Pfalz-Neuburg in 2008 ein **„Jan-Wellem-Jahr“** durchzuführen und stellte hierfür 775.000 Euro zur Verfügung. Elf Kulturinstitute und die Dominikanerkirche St. Andreas werden Ausstellungen, Lesungen, Konzerte und Vorträge veranstalten. Am 30./31.8. wird ein Festwochenende auf dem Rathausvorplatz stattfinden. Außerdem soll ein Schülerwettbewerb stattfinden.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Satzung zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung**. Mit der Satzung wird die Funktion eines Behindertenkoordinators/einer Behindertenkoordinatorin dem Amt für soziale

Sicherung und Integration zugeordnet. Außerdem wird ein Beirat eingerichtet mit je einem Vertreter/einer Vertreterin der Behindertenorganisationen und Selbsthilfe zu den verschiedenen Behinderungsformen und Mobilitätseinschränkungen, dem Sprecher/der Sprecherin der Liga der Wohlfahrtsverbände, einem Vertreter/einer Vertreterin des Seniorenbeirats und je einem Vertreter/einer Vertreterin der Runden Tische Bauen, Verkehr, Kommunikation, Gesundheit und Soziales, Kinder und Jugendliche, Wohnen und Behinderung, Arbeit und Bildung sowie Mitarbeiterin/Mitarbeiterinnen des Amtes für soziale Sicherung und Integration, Behindertenkoordination und den jeweils befassten Fachämtern der Verwaltung.

Einstimmig stimmte der Rat einer Neufassung des Gesellschaftsvertrages der ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen zu und benannte den Leiter der Stadtbücherei Herrn Dr. Nobert Kamp in den bibliothekarischen Beirat der Gesellschaft.

### ■ Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung

- der **Erweiterung des Kühlraumes des Krematoriums** auf dem Friedhof Stoffeln mit voraussichtlichen Kosten von 860.000 Euro;
- des Umbaus des Tennenspielfeldes in Kunstrasen auf der **Bezirkssportanlage Franz-Rennefeld-Weg (SG Unterrath)** mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 691.000 Euro;
- der Sanierung des Rasenspielfeldes und der Laufbahn der **Bezirkssportanlage Karl-Hohmann-Straße 70** mit vorläufigen Gesamtkosten von 1,2 Mio Euro;
- der **Sanierung des Daches** und der Erneuerung der sicherheitstechnischen Anlagen des **Kunstmuseums**, Ehrenhof 5, mit vorläufigen Gesamtkosten von 2,94 Mio Euro.

Der Rat beschloss folgende Baumaßnahmen:

- Sanierung der Feuchtigkeitsschäden an der **Terrasse des NRW-Forums Kultur und Wirtschaft** wobei unter einem Teilbereich der Terrasse zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen werden, um später den Ausbau der Cateringküche zu einer Vollküche zu ermöglichen, Kosten 653.000 Euro (einstimmig);
- **Nachrüstung von Aufzügen** mit Blindenleitsystem und Rauchabzugsschächten im **U-Bahnhof Victoriaplatz/Kleverstraße**, Kosten 2,5 Mio Euro, Zuschuss 0,95 Mio, Vorsteuererstattung 0,4 Mio (einstimmig);
- **Radwege Kieshecker Weg und Lichtenbroicher Weg**, Kosten 0,62 Mio Euro, die außerplanmäßig bereitgestellt werden. Der Ausbau erfolgt im Zusammenhang mit der Herstellung des Kreisverkehrs Kieshecker Weg/Lichtenbroicher Weg im Frühjahr 2008 (einstimmig);
- Erneuerung und Anpassung von **Lichtzeichenanlagen** im Verkehrsrechnerbereich Mitte 1 und West, Gesamtkosten 0,75 Mio Euro (einstimmig);
- **Sanierung des Kennedydammes** stadteinwärts zwischen Nordfriedhof und Kaiserswerther Straße sowie der Anschlussbereiche Homberger Straße und Kaiserswerther Straße mit einer emissionsarmen Asphaltdeckschicht, Kosten rd. 1,4 Mio Euro, Ausführung in den Sommerferien 2008 (Enthaltung linke Liste).

### ■ Baurecht

Der Rat beschloss bei Enthaltung der linken Liste

- eine **Veränderungssperre für das Gebiet Grafenberger Allee/Ivo-Beucker-Straße (Düsseltal)**, um die im jetzigen Baurecht (Kerngebiet) mögliche großflächige Einzelhandelsnutzung zu verhindern. Für diesen Bereich wird zur Zeit ein Bebauungsplan erarbeitet, durch den allgemeine Wohngebiete sowie

Gewerbegebiete unter Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben ausgewiesen werden sollen. Kürzlich wurde eine Bauvoranfrage für ein Hotel und Wohnnutzungen gestellt;

- die Änderung des **Flächennutzungsplanes Max-Planck-Straße (Düsseltal)**. Das 2,1 ha große Gebiet wurde überwiegend als Kleingartenanlage genutzt und ist Teil einer für die Sondernutzung „Forschung und Entwicklung“ vorbehaltenen Fläche. Da diese Fläche nicht mehr für Anlagen zu Forschungszwecken benötigt wird, wird nun eine Wohnbaufläche für die Bebauung mit Einfamilienhäusern als Doppel- und Reihenhäuser ausgewiesen.
- den Bebauungsplan **„In den Kötten“ (Vennhausen)**. Auf dem ehemaligen Gelände der Lackfabrik Solvay wird ein allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Läden und Tankstellen werden gänzlich ausgeschlossen, Gewerbebetriebe teilweise. Ein Autohaus mit Werkstatt genießt Bestandsschutz. Die Wohngebäude werden entlang der Vennhauser Allee dreigeschossig, in einigen Baufeldern 4-geschossig. Außerdem ist ein Quartier für Einfamilienhäuser vorgesehen. An der Straße In den Kötten entsteht eine 2,5 m hohe Lärmschutzwand, in den Gebäuden an der Vennhauser Allee und im Kreuzungsbereich mit In den Kötten müssen Schallschutzmaßnahmen an den Außenbauteilen und durch besondere Grundrisse durchgeführt werden. Im nördlichen Bereich wird ein eingeschränktes Gewerbegebiet ausgewiesen für Betriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Die dort vorhandenen Einzelhandelsbetriebe haben Bestandsschutz, wobei die Verkaufsfläche des Aldi-Marktes aufgrund des zuvor geltenden Baurechts auf 977 qm Verkaufsfläche erweitert werden kann. Außerdem sind ein Quartiersplatz sowie eine öffentliche Grünfläche mit Spielplatz vorgesehen.

Mit den Stimmen von CDU und FDP beauftragte der Rat die Verwaltung mit der **Planung der Verkehrsanlagen** und aller damit in Verbindung stehenden sonstigen Gewerke für den **1. und 2. Bauabschnitt des KÖ-Bogens** mit vorläufigen Gesamtkosten von 221 Mio Euro. Im 1. Bauabschnitt (143 Mio Euro) soll ein Süd-Nord-Tunnel von Berliner Allee bis Theatermuseum, eine Tunnelverbindung zur Elberfelder Straße und die unterirdische Tiefgaragenanbindung am Gustav-Gründgens Platz erfolgen. Der 2. Bauabschnitt (78 Mio Euro), der zwischen 2010 und 2013 realisiert werden soll, sieht einen Nord-Süd-Tunnel von Theatermuseum bis Berliner Allee bzw. Immermannstraße und den Abriss des „Tausendfüßler“ vor. Im Rahmen des 2. Bauabschnitts sollen die Tiefgaragen des Drei-Scheiben-Hochhauses und des Schauspielhauses voll angeschlossen werden, was die betroffenen Eigentümer zur Zeit ablehnen. In die Finanzierung des 1. Bauabschnittes sollen die Verkaufserlöse des Grundstücks Jan-Wellem-Platz in Höhe von mind. 46,2 Mio einfließen. In die Finanzierung des 2. Bauabschnittes sollen die frei werdenden Baufelder nördlich und südlich der Tuchtinsel einfließen, wobei hierfür auf Grundlage eines geplanten städtebaulichen Wettbewerbes bis 2009 Baurecht geschaffen werden soll.

Gegen SPD, BÜ 90 beschloss der Rat die Einrichtung einer **Kommission „Kö-Bogen“**, die beratende Funktion für Planung und Bau des Projektes „Kö-Bogen haben soll, wobei die Zuständigkeiten des Rates und der Ausschüsse unberührt bleiben. Die Kommission soll vor jeder Ratssitzung tagen und den Rat in jeder Ratssitzung unterrichten.

SPD und BÜ 90 benannten zunächst keine Mitglieder für diese Kommission.

Wegen der Bedeutung hier einige Argumente aus der Debatte:

Die SPD wies darauf hin, dass Stadt- und Verkehrsplanung nicht aufeinander abgestimmt und Bürger und Bürgerinnen nicht miteinbezogen werden. Aus der Vision eines begnadeten Architekten ist eine Verkaufsofferte an einen Investor übrig geblieben. Vier Jahre wurde geplant, ohne die Bürger auf den Weg einer

interessanten Stadtplanung mitzunehmen, Alternativen wurden nicht zugelassen. Besser wäre, den Stadtbau zu planen und abzuwägen, ob die Hochstraße dazu passt. Die Bürgerinitiative gegen den Verkauf des Jan-Wellem-Platzes hat sich gebildet, weil verpasst wurde, mit den Menschen zu sprechen. Mit den Argumenten Andersdenkender setzt sich die Ratsmehrheit nicht auseinander, sondern stimmt einfach ab, weil sie ja die Mehrheit hat. Deshalb erzwingt nun die Bürgerinitiative die Auseinandersetzung. Hingewiesen wurden darauf, dass es bei der Diskussion um die Tieferlegung der Rheinuferstraße eine Vision gab – die Bürger sollen aus der Altstadt heraus direkt den Rhein erreichen. Der Tausendfüßler wird nur tiefer gelegt, eine neue Verkehrsplanung ist damit nicht verbunden.

Vertreter von BÜ 90 forderten erneut, aus Respekt vor dem Bürgerbegehren heute keinen Beschluss zu fassen, da bis zur Entscheidung über das Bürgerbegehren ohnehin nichts Gravierendes passieren kann. Der Beigeordnete Leonhardt erläuterte, dass aufgrund des Beschlusses die Planung aufgenommen und ein Kostenanschlag erstellt wird.

Die FDP kündigte an, dass der Beschluss über die Ausschreibung des Grundstücks Jan-Wellem-Platz aus Respekt vor dem Bürgerbegehren heute nicht gefasst wird. Sie erwartet, dass die Öffentlichkeitsarbeit verbessert wird und im Januar Bilder und Animationen zur Verfügung gestellt werden. Der Grundsatzbeschluss zur Verkehrsplanung werde aber gefasst, da das Bürgerbegehren dem nichts verschlägt. Die CDU behauptete, SPD und BÜ 90 hätten die letzten Bataillone aufgehetzt, weil sie seit 1999 nicht mehr gestalten können und um der CDU oder dem Oberbürgermeister das Bein zu stellen.

Veranlasst durch den Beschluss des OVG stellte der Rat unter Aufhebung seiner diesbezüglichen Beschlüsse vom 17.9 und 15.11.2007 einstimmig fest, dass das **Bürgerbegehren „Rettet den Golzheimer Friedhof“** zulässig ist. Auf intensive Nachfragen bestätigte die Verwaltung, dass die Bedingungen des Kaufvertrages bis zum Bürgerentscheid nicht eintreten werden. Gegen SPD, BÜ 90 und linke Liste beschloss der Rat, dem Bürgerbegehren nicht zu folgen, sondern an dem Ratsbeschluss zum Verkauf des Grundstücks Fischerstraße an Victoria festzuhalten. Ein Änderungsantrag von BÜ 90, dem Bürgerbegehren zu folgen, wurde von CDU, FDP, Düsseldorfer Bündnis, 1 SPD bei 2 Enthaltungen (SPD) abgelehnt.

## ■ Haushalt 2008

### **Beschlossen wurde interfraktionell bei Enthaltung der Gruppe „Linke Liste“**

- eine Haushaltesstelle mit 1 Euro für die Modernisierung von Schloss Eller;
- 27.000 Euro für den Bücherbummel;
- 15.000 Euro für den Weg der Befreiung (Mahn- und Gedenkstätte);
- 45.000 Euro zusätzlich für Arbeitslosenzentrum und Initiativen sowie
- 45.000 Euro zusätzlich für Arbeitslosenzentren der Caritas;
- 30.000 Euro für den Sprachführerschein im Rahmen des Integrationskonzeptes und die Migrantenerberatung durch den Ausländerbeirat;
- 1 Mio für die Begrünung von Gleiskörpern im Straßenraum;
- 90.000 Euro für die Neugestaltung des Kamper Acker, 2. Bauabschnitt.

### **Beschlossen wurden folgende Anträge von CDU/FDP**

- Auftrag an die Verwaltung, eine Prioritätenliste für die CO2-Gebäudesanierung für kommunale Gebäude vorzulegen und die erforderlichen Mittel in 2008 überplanmäßig bereitzustellen;
- 50.000 zusätzlich für die Beratung von Bauherren durch die Serviceagentur Altbausanierung (SAGA);

- Auftrag an die Verwaltung, die heutigen Kooperationen von Einrichtungen und Diensten, die im Rahmen der Verpflegungsangebote für Kinder und Jugendliche zusammenarbeiten, aufzuzeigen. Sollten zur Neustrukturierung dieser Netzwerke finanzielle Mittel benötigt werden, so wird 1 Euro unter einer neuen Haushaltsstelle eingestellt. Genannt wurde der Antrag „Bildungsoffensive IV“;
- Reduzierung des Bauunterhalts im Stadtbezirk 9 um 228.000 Euro;
- 350.000 Euro für eine beleuchtete Joggingstrecke in Oberkassel.

### **Übertroffen wurden durch CDU/FDP folgende Anträge der SPD**

- Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Klimaschutzes (SPD 5.000, CDU/FDP 50.000).

### **Abgelehnt wurden folgende SPD-Anträge**

- 1,5 Mio Euro für einen Aktionsplan Klimaschutz verbunden mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis der europäischen Städte, Energiemanagement und energieeffiziente Sanierung der städt. Gebäude und energieeffiziente Optimierung der Büro- und Kommunikationstechnik, Einrichtung eines Klimaschutzfonds und Öffentlichkeitsarbeit;
- 3,5 Mio Euro für Programme zur Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung (2 Mio für dauerhafte Beschäftigung von gering qualifizierten oder erwerbsgeminderten Personen, 1,25 Mio Restförderung von Arbeitsmaßnahmen zur Bereitstellung familienunterstützender haushaltsnaher Dienstleistungen, 0,25 Mio für eine erweiterte Verbundausbildung bei kleinen Unternehmen;
- Verzicht auf Elternbeiträge für alle Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren und Ausweitung dieser Beitragsfreiheit sukzessive auf die Kindertageseinrichtungen;
- Beitragsfreiheit für die Mittagsverpflegung in allen Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen;
- ein Programm zur Umnutzung von Büro- in Wohnraum;
- 1 Mio Euro für die Verbesserung der Beleuchtung in den Stadtteilen unter Berücksichtigung der Energieeffizienz;
- 15 Mio Euro für einen kommunalen Grundstücksfonds mit dem Ziel, kostengünstige Grundstücke für Enderwerber und für die Verbindung von Wohnen und Arbeiten bereitzustellen;
- 65.000 Euro für die Bezirksvertretungen;
- 20.000 Euro für die Senkung der Mieten in den Schulaulen für Brauchtumsveranstaltungen (obwohl in mehreren Bezirksvertretungen einstimmig beschlossen);
- 110.000 Euro für die Erhöhung der Jugendpauschale in den Sportvereinen von 15 auf 18 Euro;
- Kostenhalbierung der ArtCard und ArtCard plus für Studierende;
- 50.000 Euro für Fortbildung von Ehrenamtlichen;
- 10 Mio für den Ausbau von Mensen in 40 Schulen, um die Mittagsverpflegung zu gewährleisten;
- 100.000 Euro für einmalige kostenfreie Ausstattung von Schulanfängern mit Lernmaterialien, sofern die Eltern ALG II beziehen;
- 20.000 Euro an den SKFM für das Projekt Erziehung in der Familie
- 100.000 Euro Zuschüsse für Investitionen in „zentren plus“ der Wohlfahrtsverbände
- 120.000 jeweils in den Jahren 2008 bis 2010 für die Sanierung des Golzheimer Friedhofs und der erhaltenen Denkmäler
- 600.000 Euro für Hochbahnsteige an Straßenbahnhaltestellen
- 2,4 Mio Euro für den Bau von Fahrradstationen an S-Bahnhöfen

- Streichung der Planungs- und Baukosten für die U-Bahn Messe U 80

**Folgende Anträge für SPD und BÜ 90 wurden mehrheitlich abgelehnt:**

- 250.000 Euro zur Unterstützung Düsseldorfer Schulen um diese in die Lage zu versetzen, zusätzliche personelle Hilfen z. B. für Bibliotheken, Büro- und Verwaltungsarbeit oder Hausmeistertätigkeiten zu finanzieren;
- 200.000 Euro für die Schwerpunktbildung an Gesamtschulen, nachdem die Profilbildung an den anderen Schulformen bereits finanziell unterstützt wird;
- 60.000 Euro für Sprachkurse von Kindern aus Migrantenfamilien
- 67.900 Euro zusätzlich für das Internationale Frauenhaus der AWO.

**Folgende Anträge von BÜ90 wurden mehrheitlich abgelehnt:**

- 200.000 Euro für die energetische Sanierung des Rathauses als Modellprojekt;
- 10 Mio Euro für die energetische Sanierung städtischer Gebäude und Wiederbereitstellung der aufgrund von Energiereduzierung eingesparten Mittel;
- Erhöhung der Baukosten Erweiterung Aquazoo um 1 Mio, um den Erweiterungsbau in Passivbauweise mit Kraft-Wärme bzw. Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung auszuführen;
- Konzept zum Energiesparen in einkommensschwachen Haushalten und Einrichtung eines Fonds in Höhe von 100.000 Euro für Zuschüsse zur Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten;
- 50.000 Euro für Maßnahmen zur Aufklärung und Beratung zum Thema Bekämpfung antidemokratischer und rechtsextremer Tendenzen;
- 420.000 Euro für Förderung der Integrationsarbeit der Verbände;
- 0,5 Mio für den Ausbau von Küchen und Cafeterien sowie Aufenthaltsräumen zur Einnahme eines Mittagessens in Schulen;
- 50.000 Euro für einen Fonds, aus dem Schülerinnen und Schülern mit Düsselpass einmalige Zuschüsse für Schul- und Lernmaterialien, die Teilnahme an Sport- und Schwimmunterricht und zur Beteiligung an Klassenaktivitäten unterstützt werden können;
- 4 Mio Euro für die Finanzierung von 82 zusätzlichen pädagogischen Fachkräften in den Kindertagesstätten, um Kinder in Stadtteilen mit besonderem sozialen Handlungsbedarf individuell zu fördern und die Sozial- und Elternarbeit qualitativ und quantitativ zu verbessern;
- 35.000 Euro zusätzlich für Prävention, Beratung und Unterstützung für Opfer von (drohender) Zwangsverheiratung;
- 25.000 Euro für eine Potenzialstudie „Büroraum in Wohnraum umwandeln“;
- 25.000 Euro für Vorkosten für Präsentationen in den Fachausschüssen für die Darstellung erfolgreicher städtebaulicher Fonds und Sanierungsgesellschaften
- 2,5 Mio Euro, um in den nächsten 10 Jahren 100 Bushaltestellen mobilitätsbehindertengerecht umzubauen;
- 1 Mio Euro, um in Wohnquartieren die von Kindern häufig frequentierten Fußgängerüberwege baulich im Sinne der Verkehrssicherheit zu gewährleisten;
- 54.000 Euro für Fahrradabstellanlagen.

**Abgelehnt wurden folgende Anträge der linken Liste:**

- Anpassung des Personalbudgets an den Stellenplan,
- 4 Mio für ein Sozialticket im VRR,
- 45.000 Euro für Recherchen, Umbenennungen und Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Straßennamen, deren Namensgeber an Kolonialismus, Rüstungsproduktion und Unterstützung des nationalsozialistischen Regimes beteiligt waren;
- 1 Mio für Integrations- und Identitätsarbeit für Migrantinnen und Migranten,

- 250.000 Euro für ein selbstverwaltetes Zentrum für Migranten und Migrantinnen.

Zahlreiche im Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit den Vertretern der Verbände beschlossene Erhöhungen wurden durch CDU, FDP, Düsseldorfer Bündnis zum Teil auch BÜ 90 wieder reduziert.

**Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, Düsseldorf Bündnis gegen SPD, BÜ 90, linke Liste, bei Enthaltung Lemmer beschlossen.**

Gegen SPD und linke Liste wurden im Rahmen der **Stellenplanberatungen** 30 Stellen für den Ordnungs- und Servicedienst beschlossen, wobei auf Antrag der FDP, eine Sperrvermerk angebracht wurde, bis die Qualifizierung dieser Mitarbeiter geklärt ist. Abgelehnt wurden Anträge von SPD und BÜ 90, 40 bzw. 30 Erzieher bzw. Erzieherinnen einzustellen.

Der Vorschlag der Verwaltung, in die Hauptsatzung eine **Schuldenbremse** aufzunehmen, fand nicht die notwendige absolute Mehrheit, weil SPD, BÜ 90 und linke Liste dies ablehnten und die FDP sich enthielt. Ein Änderungsantrag von BÜ 90, bis März einen neuen Entwurf vorzulegen, der neben einer Selbstbindung bei Kreditaufnahmen auch eine Selbstbindung beim Verkauf von städtischem Vermögen vorsieht und bei davon abweichenden Investitionsvorschlägen die Bürger in Form eines Bürgerscheides einbezogen werden, wurde bei Enthaltung der linken Liste abgelehnt.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Die Anträge der SPD sind ebenso wie die Haushaltsrede von Annette Steller im Internet zu finden: [www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de](http://www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de).

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern fröhliche Weihnachten und für 2008 Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.  
Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)